

## Das „Super-Wahljahr“ und die DKP Wedel

Das Jahr 2017 wird in Schleswig-Holstein ein „Super-Wahljahr“ genannt, weil im Mai Landtagswahlen und im September Bundestagswahlen stattfinden. Diese Wahlen leiten auch bereits über zu den Kommunalwahlen im Frühjahr 2018, die für uns Wedeler eine besondere Bedeutung haben, weil die DKP Partner im Bündnis „Die Linke – Wedel“ ist. Vor acht Jahren formulierten Mitglieder der Partei „Die LINKE“, der DKP und Parteilose gemeinsam ein Wahlprogramm, das in seinen wesentlichen Aussagen noch heute Richtschnur der parlamentarischen Arbeit ist. Nachdem das Bündnis vor acht Jahren erstmalig ins Rathaus einzog, wurde es vor vier Jahren bestätigt. Im Mittelpunkt des kommunalpolitischen Engagements steht die Sozialpolitik. Sie orientiert sich an den Interessen der Schwächeren in dieser Gesellschaft, die keine ökonomische Lobby haben.

Die DKP Wedel stellt nach den Erfahrungen von acht Jahren Kommunalpolitik fest: Das Bündnis hat sich bewährt. Dabei scheiterten Versuche, mit Antikommunismus die linken Kräfte zu spalten. Gegenseitiger Respekt ist die Grundlage weiterer Zusammenarbeit. Viele kommunalpolitische Themen spielen auch in die Landespolitik hinein. Wir denken zum Beispiel an den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Wedel ist ein klassisches Beispiel dafür, wie die Mieten immer weiter in die Höhe getrieben werden, so dass es hier kaum noch bezahlbare Wohnungen gibt. Die Fraktion „Die Linke“ hat in der Ratsversammlung

ihre Stimme gegen Mietwucher und Bodenspekulation erhoben. Sie hat jahrelang beharrlich und letztlich erfolgreich dafür gekämpft, dass im Mietwohnungsbau die Maßgabe gilt: 30 Prozent Sozialer Wohnungsbau. Laut „Gewos-Studie“ fehlen in Wedel rund 700 bezahlbare Wohnungen. Das Projekt „Wedel Nord“ kann zu einer Entspannung dieser Situation führen. Außerdem wird der großen Nachfrage nach Wohnungen ein Angebot gegenüber gestellt, das tendenziell die Mieten senkt. Leider gibt es heute keine Links-Fraktion im Landesparlament, die ähnlich auftreten kann. Auch auf anderen sozialpolitischen Feldern macht sich das Fehlen einer linken Opposition bemerkbar, zum Beispiel beim Thema Kindergärten und Kinderkrippen. Selbst wenn Städte und Gemeinden mehr Kindergärten- und Kinderkrippenplätze schaffen, sind sie für Familien mit kleineren Einkommen unbezahlbar. Das muss sich ändern. Wobei wir keine Illusionen haben, dass eine generelle Umorientierung stattfinden wird, wenn es nicht den Druck von außen gibt. Das gilt für diese und andere sozialpolitische Themen.

In einer Frage gibt es zum Glück einen breiten Konsens – das betrifft den politischen Kampf gegen AfD und NPD. Nachdem die NPD vom Bundesverfassungsgericht als legale Partei die Chance erhalten hat, sich im alten Geiste neu aufzustellen, weiter aus Steuergeldern finanziert zu werden, ermuntert wird, verfassungswidrigen Ungeist zu verbreiten und ermutigt, mit ihrem alten Kampf gegen alles

Fremde fortzufahren, geht die AfD fest davon aus, im nächsten Kieler Landtag und im Bundestag vertreten zu sein. Das sei nur eine Frage der Zeit.

„Kern der AfD-Politik ist eine „Politik der Angst“, schrieb der Historiker Lorenz Gösta Beutin, Landessprecher der Partei DIE LINKE Schleswig-Holstein und Kandidat zur Landtagswahl, in Thesen für eine Publikation der VVN-Bund der Antifaschisten. Darin heißt es u.a.: „Kern ihrer Politik ist die Angst.“ So formuliert die AfD zur Landtagswahl 2017: „Die unweigerlichen Folgen sind ein Zusammenbruch der Sozialsysteme, soziale Unruhen und schon jetzt schwerste Gefährdungen der inneren Sicherheit.“ Aufgabe linker und antifaschistischer Politik ist es, dieser Polemik eine Politik der Hoffnung entgegenzusetzen. Wir stehen gegen das „Weiter so“ der gegenwärtigen Politik, aber noch viel mehr gegen die vermeintlichen Lösungen der Rechten, die im Kern nur aus Menschenhass in unterschiedlichen Schattierungen bestehen.“

Lorenz Gösta Beutin weiter: „Was von der AfD als realistisch verkauft wurde (Privatisierungen nutzen der Allgemeinheit, Lohnkürzungen führen zu mehr Wohlstand, Auslandseinsätzen bringen Frieden) hat sich als gefährliche Illusion herausgestellt.“ Es ist so: Privatisierungen nutzen wenigen Privaten, Lohnkürzungen vermehren den Wohlstand von Reichen und Auslandseinsätze bringen keinen Frieden. Günther Wilke



# Zu viel Kohle wird verbrannt

Für Vattenfall stammen die ätzenden Partikel von Grillkohle der Anwohner  
Interview mit Kerstin Lückow - Sprecherin der Bürgerinitiative gegen das GuD

„Gebt doch auf, gegen uns habt ihr keine Chance“, so der ehemalige Pressesprecher von Vattenfall Hauke Wagner an einem Infostand der Bürgerinitiative im Jahr 2013. Da hatte er sich gründlich getäuscht. Seit 5 Jahren kämpft die Bürgerinitiative erfolgreich gegen das in Wedel geplante und unsinnige GuD Großkraftwerk. Das GuD ist vom Tisch und die Stadt Hamburg kauft - einem Volksentscheid gemäß - in den nächsten Jahren die Energienetze zurück.

Damit ist die BI allerdings noch nicht überflüssig. Vattenfall möchte das überalterte Steinkohle Kraftwerk solange wie möglich betreiben, zu Lasten der Wedeler und Rissener Bevölkerung. Zur Zeit kämpft die BI um die Einhaltung geltender Lärm- und Umweltstandards. In den letzten Monaten regnete es z.B. dutzende Male ätzende Partikel aus dem alten Schornstein auf Wedel nieder. Das führte zu Schäden bei den Anwohnern und zur Verteidigung Vattenfalls durch die Stadt und die Landesbehörden.

Wir haben mit Kerstin Lückow, dem „Gesicht“ der Wedeler Bürgerinitiative über den aktuellen Stand des Kampfes David gegen Goliath gesprochen.

Seit nunmehr 5 Jahren existiert die BI „Stopp - Kein Megakraftwerk Wedel“. Seit ca. 1 Jahr steht nun fest, daß scheinbar niemand mehr die Absicht hat ein GuD Gaskraftwerk zu bauen. Wie bewertest du die jüngste Kritik der CDU Landtagsabgeordneten Barbara Ostmeier? Ist das ein CDU-Votum für ein GuD?

Was genau Frau Ostmeier inhaltlich sagen wollte, erschloss sich aus Ihrer Pressemitteilung nicht. Zum einen gibt Sie den BürgerInnen eine „Mitschuld“ an den massiven Problemen, die Vattenfall beim Betrieb des veralteten Kohlekraftwerk hat (Stichwort: ätzender Partikelaustritt). Zum anderen propagiert Frau Ostmeier die sogenannte „Moorburgtrasse“. Es ist das gute Recht von BürgerInnen, sich gegen den Neu-

bau eines überdimensionierten, fossilen Großkraftwerk am hochproblematischen Standort Wedel zur Wehr zu setzen. Auch mit Erfolg: Schon alleine aus Gründen fehlender Wirtschaftlichkeit wurde von dem Projekt Abstand genommen. Dass ein GuD, wie von Frau Ostmeier unterstellt, längst fertig gestellt wäre, zeigt nur, dass Frau Ostmeier sich inhaltlich mit dem Thema überhaupt nicht auseinander gesetzt hat. Generell: Vattenfall ist der Betreiber des Kohlekraftwerks in Wedel und somit auch für einen gesetzmäßigen Betrieb verantwortlich. Den BürgerInnen dafür „die Schuld in die Schuhe zu schieben“ zeigt eine klar abwertende Haltung von Frau Ostmeier gegenüber den Betroffenen.

Die Bürgerinitiative existiert und arbeitet immer noch. Was sind die aktuellen Forderungen der BI?

Die aktuellen Forderungen der BI drehen sich derzeit in erster Linie um den häufigen, ätzenden Partikelaustritt aus dem Kohlekraftwerk Wedel seit Juli letzten Jahres. Zum Beispiel fordern wir (gutachterlich begründet) schon seit längerer Zeit die Durchführung von üblichen Messverfahren in Wedel, da es um die Gefährdung der Bevölkerung geht. Außerdem die Offenlegung aller im Kraftwerk gemessenen Schadstoffe. Die Kieler Landesbehörden stellen uns diese Informationen trotz Bürgergesetz bisher leider nicht zur Verfügung, obwohl wir schon seit November danach fragen. Natürlich fordern wir auch den schnellen Ersatz des hochproblematischen Kohlekraftwerks in Wedel, sowie den Sofortverzicht auf den Sommerbetrieb.

Gibt es aus Eurer Sicht genügend Alternativen um das Kraftwerk Wedel überflüssig zu machen?

Die gasbasierten Anlagen im Hamburger Fernwärmenetz sind derzeit nicht ausgelastet. Neu hinzugekommen ist ein Heizwerk

am Haferweg in Altona.

Leider soll das Kohlekraftwerk Wedel aus reinem Gewinninteresse weiterhin ganzjährig mit 2 Blöcken betrieben werden, also auch außerhalb der Heizperiode. Das ist überhaupt nicht nötig und belastet Umwelt und AnwohnerInnen.

Wie bewertest du das Verhalten von Vattenfall gegenüber den Anwohnern?

Die Fa. Vattenfall hat im letzten September behauptet, dass auch „grillende Nachbarn“ Schuld daran sein könnten, dass das ganze Elbhochufer mit weißen Partikeln verdeckt war. Das ist m.E. selbsterklärend.

Das Kieler Landesamt (LLUR) und Vattenfall behaupten, dass die ausgestoßenen Partikel gänzlich unschädlich seien. Das wird von der BI angezweifelt. Worauf gründet sich der Zweifel?

Die BI hat einen der bekanntesten Gutachter für Industrieemissionen in Deutschland beauftragt. Herr Tebert von der Fa. Ökopoll stuft den Partikelniederschlag aus guten Gründen als gefährlich ein. Zum einen wegen eines festgestellten, sehr hohen Nickelwerts (krebserregend, allergieauslösend). Zum anderen wurde festgestellt, dass die Konzentration von Arsen doppelt so hoch ist, wie es die Bodenschutzverordnung auf Kinderspielplätzen erlaubt. Dies wurde bisher überhaupt nicht betrachtet. Dabei gibt es direkt neben dem Kraftwerk einen Spielplatz, einen Kindergarten und eine Grundschule. Außerdem sagt einem ja schon der gesunde Menschenverstand, dass Partikel, die derartige Schäden auf Autolack und Glasscheiben hinterlassen, nicht für den Menschen unbedenklich sind.

Wie seht Ihr die Unterstützung Euer berechtigten Anliegen seitens der Stadt Wedel und des Bürgermeisters?

Das ist unterschiedlich: Die Grünen, SPD und Linken nehmen sich des Themas an. Die rest-

Fortsetzung Seite 3.



# Schallende Ohrfeige für CDU, FDP und WSI

## Bebauungsplan BusinessPark vom Gericht außer Kraft gesetzt

Eisiges Schweigen zur bitteren Niederlage der Stadt Wedel in Sachen „BusinessPark Elbufer Wedel“ vor dem Oberverwaltungsgericht Schleswig. CDU, FDP und WSI hatte es in der Ratsversammlung die Sprache verschlagen. Dabei trugen diese Fraktionen die Verantwortung für die „Klatsche“, die Wedel durch das OVG erlitten hat. Sie hatten gegen die Stimmen von SPD, Grünen und Linken am 15.10. 2015 den Bebauungsplan 88 für das 18.000 Quadratmeter große Grundstück zwischen Tinsdaler Weg und Elbe durchgesetzt, ohne die Interessen der Anwohner im Hamburger Ortsteil Rissen zu berücksichtigen. Die Mehrheit im Rat schlug die Bedenken der anderen Fraktionen in den Wind. Dr. Detlef Murphy („Die Linke“) hatte zum Beispiel zwei Gründe genannt, die ihn bewogen, mit Nein zu stimmen: 1. zu hohe Lärmgrenzen, die nicht nur die Rissener, sondern auch die Wedeler Anwohner betreffen und 2. die verkehrliche Erschließung ohne Rücksicht auf mögliche Belastung des Tinsdaler Weges. Die SPD befürchtete damals, aus dem Sahnestück könne „ein krümeliger Mübeiteig“ werden. CDU, FDP und WSI hatten offenkundig nur eins im Sinn: den Lärmschutz so niedrig zu halten, dass sich Investoren allein schon dadurch angelockt werden. Da die Stadt Wedel die Interessen der Anwohner nicht ernst genommen habe, sei diesen nichts anderes übrig geblieben als vor dem

OVG Schleswig zu klagen, sagte Jan Hilpert aus dem Leuchtturmstieg in Rissen, einer der Betroffenen. Wedel habe sich leider nicht bewegt, was ihm nach allen Erfahrungen durchaus zu glauben ist (siehe Vattenfall-Kraftwerk).

So kam, wie es kommen musste: Am 25. Januar 2017 verkündete der 1. Senat des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts folgenden Beschluss: „Der Bebauungsplan Nr. 88 „BusinessPark Elbufer Wedel“ wird bis zu einer Entscheidung des Senats im Normenkontrollverfahren vorläufig außer Vollzug gesetzt.“

Das Gericht folgte dem Antrag der Anwohner auf einstweilige Anordnung, weil sonst durch den Vollzug des Bebauungsplans vollendete Tatsachen geschaffen würden, die nicht mehr rückgängig zu machen seien. Die Kläger betonten, es sei ihnen nicht zuzumuten, den Erlass einer Vielzahl von Baugenehmigungen abzuwarten und gegen jene Genehmigungen gegebenenfalls jeweils mit einstweiligen Rechtsschutzanträgen vorzugehen. Die Stadt hatte den Standpunkt vertreten, den Nachbarn des BusinessParks seien Lärmwerte in Höhe von 57 dB (A) tags und 42 dB (A) nachts zuzumuten. Das Oberverwaltungsgericht hielt dagegen, dies lasse sich mit dem Schutzanspruch, der zu Gunsten des Klägers durch die Festsetzung eines reinen Wohngebiets am Leuchtturm-

stieg nicht in Einklang bringen. Die Stadt habe gegen das Rücksichtnahmegebot und die Abwägungsgrundsätze offensichtlich verstoßen.

die faktische Wohnraumsituation ignoriert und das Abwägungsgebot des Baugesetzbuches ersichtlich nicht einmal erwogen. Es bestehe kein Zweifel, dass die Zuerkennung eines Schutzstatus für die an das Plangebiet unmittelbar angrenzenden Wohngrundstücke zu geringeren Kontingenten von Lärmemissionen geführt hätte.

Die Stadt will nun mit dem Rissener Jan Hilpert Kontakt suchen, um mit ihm über einen geänderten B-Plan zu sprechen und ihm das künftige Vorgehen der Stadt erläutern.

Hätte sich die Mehrheit der Ratsversammlung zu einem solchen Vorgehen schon vorher bequemt und den Schutz der Betroffenen über die Profitinteressen großer Investoren

gestellt, wäre die Niederlage vor Gericht vermeidbar gewesen. Wie hoch der Schaden zu beziffern ist, der durch den rabiaten Umgang mit den Interessen von Bürgerinnen und Bürgern entstanden ist, wurde bisher nicht erörtert. Vorerst ist jedenfalls Zittern und Bangen angesagt. Nicht auszudenken für die Verantwortlichen im Rathaus, wenn mögliche Investoren abspringen. Bei aller Kritik sei uns Schadenfreude fern, denn zahlen muss wie immer die Allgemeinheit. Wi

Der Bürgermeister und einige Minijobber beim ersten Spatenstich fürs big business. Er brachte viel Sand ins Getriebe. Sand in den Augen war schon vorhanden. Sie schaufelten das Grab für B 88, den Bebauungsplan für den „Buisness-Park“. Die Richter beendeten das Sandkastenspiel.



Fortsetzung von Seite 2

lichen Parteien? Fehlanzeige!

Besonders kritikwürdig sehen wir das Verhalten von Herrn Schmidt. Das Wort „Bürgermeister“ beinhaltet das Wort Bürger. Herr Schmidt hat es aber in den ganzen letzten Monaten nicht geschafft, sich die Schäden vor Ort überhaupt mal anzusehen. Hätte er dies getan, würde er vielleicht nicht die ganze Zeit den Verursacher Vattenfall und die zuständige Aufsichtsbehörde in Kiel loben und alles für unbedenklich erklären. Blau zerlaufene Ätzflecken auf schwarzem Autolack sprechen für sich. J. Wilke

## Kai Degenhardt: Lieder gegen den rechten Aufmarsch

Am Freitag, 3. März, um 19.30 Uhr, bringt der Liedermacher Kai Degenhardt auf dem Theaterschiff „Batavia“ „Lieder gegen den rechten Aufmarsch – von damals und von dieser Zeit“ zu Gehör. Degenhardt bezeichnet sich selbst als politischer Liedermacher und stellt sich damit in die Tradition des Genres, welche das deutschsprachige Lied in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts erst

wieder singbar machte. Nämlich durch eine textlich klare antifaschistische Haltung und eine selbstverständliche Bezugnahme auf das konkret Gesellschaftliche und die darin wirkenden Herrschaftsverhältnisse.

Veranstalter:  
VVN- Bund der Antifaschisten.  
Eintritt 12 €.

# Kriegseinsätze der Bundeswehr beenden

Ostermarsch 2017 wieder in Wedel - Friedensnetzwerk Kreis Pinneberg

Die Ostermärsche der Friedensbewegung haben in Wedel eine lange Tradition, die auch 2017 fortgesetzt wird. Das hat das Friedensnetzwerk des Kreises Pinneberg zu Beginn des neuen Jahres beschlossen. Am Ostersonntag, dem 15. April werden die Atomwaffengegner und Gegner der Auslandseinsätze der Bundeswehr mit ihren Fahnen und Transparenten wieder durch die Straßen der Stadt ziehen - zum Friedensfest auf der „Batavia“. Der Kasseler Friedensratschlag, ein bundesweites Bündnis von Friedensorganisationen und Friedensinitiativen, hat dazu Forderungen aufgestellt, die sich in regionalen Aufrufen niederschlagen: „Die Waffen nieder – Alle Kriege beenden – Kooperation statt Konfrontation – Abrüstung – Internationale Solidarität und ein gutes Leben für alle – auch für die Flüchtenden, die durch Ausbeutung und Krieg gezwungen werden, sich auf den Weg zu uns zu machen.“ Diese Forderungen werden sich auch im Ostermarschauftrag für Wedel wiederfinden, sagte Helmut Welk (Barmstedt), Sprecher des Friedensnetzwerkes im Kreis Pinneberg. Und Irmgard Jasker von der Friedenswerksstatt Wedel verriet auch schon die Namen der Redner der Auftaktkundgebung vor dem Rathaus in Wedel. Sprechen werden Thomas Drope, Propst der evangelisch-lutherischen Nordkirche und Peter Brandt, DGB- Vorsitzender für

den Kreis Pinneberg. Auf einer Zwischenkundgebung wird die Wedelerin Uta Amer aus aktuellem Anlass auf die gefährlichen Truppenaufmärsche an der Grenze Russlands aufmerksam machen und vor einem weiteren Säbelrasseln der NATO warnen, das als akute Bedrohung des Friedens in Europa angesehen werden muss.

Die Oma-Körner-Band auf der „Batavia“ will traditionelle Ostermarschlieder zu Gehör bringen. Die Musiker, die in Wedel und Hamburg beheimatet sind, haben einst ein Lied geschrieben unter dem Titel „Wir sind die schrägen Vögel“, das weit über unsere Stadt hinaus großer Popularität erreicht hat: „Für uns gilt noch der Weltfrieden und Zwischenmenschlichkeit.“

Im vorigen Jahr war Christine Buchholz, Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“ Hauptrednerin auf dem Rathausplatz. Sie sprach vor rund 200 Demonstrierenden zum Thema „Flüchtlingen helfen – Kriege beenden“. Gegenüber 2015 war die Zahl der Ostermarschteilnehmer höher als 2014. Irmgard Jasker, Sprecherin der Friedenswerksstatt, erhofft sich eine weitere Steigerung der Teilnehmerzahl. „Es gibt kein wichtigeres Thema“, meinte sie.



Karikatur: Harm Bengen

ViSdP:  
Günther Wilke  
Tel 3486

Fotos:  
Stadt Wedel 1  
j.wilke 1  
H.Warncke 1

